

SPD macht gegen B212 (neu) mobil

DELMENHORST/LA - Mit scharfen Angriffen gegen die Länderchefs von Bremen und Niedersachsen macht die SPD-Stadtratsfraktion gegen eine geplante Südtrasse der B212 (neu) von Bremen in die Wesermarsch mobil. Die Sozialdemokraten wollen in einer öffentlichen Versammlung heute Abend im Hotel Thomsen, um 19.30 Uhr, die Bürger der Stadt über den jüngsten Planungsstand informieren und weitere Vorgehensmöglichkeiten gegen eine Südtrasse, die den Delmenhorster Stadtnorden durchschneiden und die Stadt insgesamt belasten würde, beraten.

SPD-Planungspolitikerin Susanne Mittag wirft dem Land Bremen vor, vor Jahren ein Güterverkehrszentrum (GVZ) angelegt zu haben, ohne sich um eine verkehrliche Anbindung gekümmert zu haben: Nun solle das Niedervieland geschützt und Delmenhorst belastet werden. Von Anfangs zwölf Möglichkeiten einer Streckenführung bleibe nur eine übrig, die um zwei Kilometer längste und somit teuerste Südvariante. Das Ganze attestiert von einem aus Bremen finanzierten Gutachter, der dies ohne aktuelle Daten aus Delmenhorst festgestellt habe. Die für die Stadt zu erwartenden Verkehrslasten seien nie betrachtet worden. Dies geschehe erst in einem großräumigen Verkehrsgutachten, das „hoffentlich auch den geplanten Jade-Weser-Port sowie das GVZ Hatten mit einbezieht“. Trotz dieser ungeklärten Fragen, so Mittag, verabredeten offenbar die Länderchefs Wulff und Scherf „ironischerweise“ im Delmenhorster Rathaus, wo der Stadtrat 1995 in einer Resolution die Südtrasse abgelehnt habe, die Südvariante, obwohl das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei.

Die SPD: Die Südtrasse ist nicht nur ein Problem des Stadtnordens, sie betrifft die ganze Stadt. Schon jetzt sei der Stadtsüden an der Grenze der Belastungsfähigkeit. Von A1 und A28 über den Hasporter Damm böten sich Abkürzungen zum GVZ über die Südtrasse nahezu an.